



**mittendrin e.V.** / Luxemburger Str. 189 / 50939 Köln

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 17. WAHLPERIODE
<b>STELLUNGNAHME</b> <b>17/4635</b>
A01/1

**mittendrin e.V.** / Luxemburger Str. 189 / 50939 Köln  
Telefon (0221) 33 77 630 / [info@mittendrin-koeln.de](mailto:info@mittendrin-koeln.de)  
[www.mittendrin-koeln.de](http://www.mittendrin-koeln.de)

02.12.2021

**Fachgespräch**  
des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie

**Datenlage – Bereich Bildung**

am Dienstag, dem 7. Dezember 2021

**Schriftliche Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens des Elternvereins mittendrin e.V. danke ich für die Einladung zu diesem Fachgespräch.

Der mittendrin e.V. ist im Jahre 2006 in Köln von Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung gegründet worden. Seitdem setzt sich der Verein dafür ein, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung Zugang zu allgemeinen Schulen haben und dort unter angemessenen Vorkehrungen an Bildung, Förderung und sozialem Leben teilhaben.

Der mittendrin e.V. ist über Mitglieder vertreten im Inklusionsbeirat des Landes NRW sowie in dessen Fachbeiräten Inklusive schulische Bildung, Arbeit und Qualifizierung, Partizipation. Wir sind vertreten im Beirat für Inklusion und Menschenrechte des Landschaftsverbands Rheinland sowie im Expertenbeirat der Stadt Köln für die Umsetzung des Inklusionsplans an den Kölner Schulen. Neben der politischen Gremienarbeit entwickelt der mittendrin e.V. im Rahmen von Projekten zukunftsweisende Strategien und Umsetzungen von Inklusion in der Schule, in der Offenen Jugendarbeit, in Kultur und voraussichtlich demnächst im Übergang Schule/Beruf.

Ein Kernstück der Arbeit ist von Beginn an die Elternberatung für Inklusion im Elternverein und seit 2015 auch in der EUTB-Beratungsstelle des Vereins (Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung).

Allein im Themenfeld Schule/Inklusion/sonderpädagogische Förderung/Förderschule suchen pro Jahr zwischen 200 und 300 Familien aus Köln, dem Rheinland und zum Teil auch aus anderen Regionen Nordrhein-Westfalens unsere Beratung und zum Teil auch Unterstützung. Aus dieser Arbeit gewinnen wir laufend Erkenntnisse über die Situation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf in inklusiven Schulen und in Förderschulen.

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie haben wir unser Beratungsangebot über alle Phasen von Einschränkungen hinweg aufrechterhalten. Wir waren durchgängig erreichbar und haben telefonisch oder per Videocall beraten, aber wenn es notwendig war auch in Präsenz. Dies erlaubte uns über alle Phasen der Einschränkungen des Schulbetriebs und ihrer Nachwirkungen einen Einblick in die Auswirkungen der Pandemie und der ergriffenen Schutzmaßnahmen auf Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien.

Unsere Darstellung der Situation finden Sie hier jeweils unter ausgewählten Fragen:

### **I. Allgemein**

#### **1. Welche Effekte hatte die Pandemie auf Kinder in formeller, nicht formeller und informeller Bildung in NRW?**

Die Pandemie ist aus unserer Sicht ein tiefer Einschnitt in die Bildungsmöglichkeiten aller Kinder und Jugendlichen in NRW.

Auf die Notwendigkeit von Distanzunterricht, aber auch auf die Organisation und Gestaltung von Wechselunterricht sind unsere Schulen nicht vorbereitet gewesen. Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Beschulung mussten in der Situation selbst mühsam entwickelt und aufgebaut werden. Dabei fehlte Schüler\*innen und Lehrer\*innen nicht nur die Technik, sondern jegliches Modell, wie Unterricht auf Distanz und im Wechsel sinnvoll aufgebaut und gestaltet werden könnte und es fehlten und fehlen verbindliche Normen, welche Mindestanforderungen an Unterricht unter diesen Bedingungen gilt.

Folglich unterschieden sich die Bildungsmöglichkeiten für die Schüler\*innen eklatant von Schule zu Schule und von Unterricht zu Unterricht. Hier reichte das Spektrum von anspruchsvollem Unterricht mittels digitaler Klassenrunden, persönlichem Lehrer-Feedback, digital gestützter Gruppenarbeit und vertiefender Einzelarbeit auf der einen Seite bis hin zu Bildungsangeboten, die sich im Distanzlernen bis zum Schluss auf Arbeitsanweisungen zum Selbststudium beschränkten bzw. im zieldifferenten Förderschulbereich zum Teil auf die wöchentliche Zusendung einer Liste von Videolinks oder einzelner Arbeitsaufgaben. Im reinen Distanzunterricht blieb es ein Problem, dass je nach Sozialraum und Schulform ein Teil der Schüler\*innen für alternative Unterrichtsangebote gar nicht erreichbar war.

Trotz erster Fortbildungsangebote für Lehrer\*innen müssen wir davon ausgehen, dass diese Probleme bei einem ggf. erneuten Aussetzen des Präsenzunterrichts grundsätzlich fortbestehen.

Insbesondere auch für die Bildung in Kooperation und Gemeinsamkeit der Schüler\*innen untereinander wurde der Wechselunterricht von Schüler\*innen und Eltern als große Erleichterung der

Situation empfunden. Auch hier ist aber von großen Unterschieden in Gestaltung und Umfang des Unterrichts auszugehen. Nicht an allen Schulen und schon gar nicht an allen Förderschulen wurde der Wechselunterricht in halbem Umfang des Normalbetriebs angeboten. Zum Teil wurde der Schulbesuch nur an einem Tag pro Woche angeboten.

Aus den Rückmeldungen der Familien zur nicht formellen und informellen Bildung entnehmen wird, dass die Schulausfälle hier nicht kompensiert werden konnten. Auch das Angebot der non formellen und informellen Bildung wurde phasenweise (nahezu) eingestellt und ist bis heute nicht in vollem Umfang verfügbar. Im Bereich der non formellen und informellen Bildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung findet die Mehrzahl der Angebote bis heute nicht wieder statt.

Im Ergebnis müssen wir davon ausgehen, dass viele Kinder und Jugendliche – insbesondere aus benachteiligten Gruppen und/oder mit Behinderung – erhebliche Rückstände und zum Teil Rückschritte bei der Bildung und bei ihren Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen sozialer Teilhabe erleben.

Dabei erscheinen uns Rückstände beim „Stoff“ der Lehrpläne leichter kompensierbar als der erheblich reduzierte Anschluss an Bildungsprozesse, individuell und in Gemeinschaft. Viele werden den individuellen Zugang zu Lernprozessen und sozialer Kooperation erst wieder neu entwickeln müssen.

## 2. *Inwieweit spielt Resilienz eine Rolle in den Bildungskontexten?*

Wir wissen, dass prekäre Lebensverhältnisse, und dazu gehört auch die prekäre soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, eine Resilienz gegen Krisenerfahrungen schwächen.

Aus unserer Sicht sollte jedoch auch die Resilienz unserer Bildungsinstitutionen in den Blick genommen werden. Schulen höherer Bildungsgänge und in stabileren Sozialräumen konnten erwartbar die Krisensituation tendenziell produktiver gestalten als Schulen, in denen sich bereits im gesellschaftlichen Normalzustand die Probleme häufen.

Auffallend erwies sich die sehr geringe Resilienz von Förderschulen in der pandemischen Situation. Sie verzeichnen noch mehr Unterrichtsausfall als die allgemeinen Schulen, weil sie erst spät wieder geöffnet wurden und sowohl im rollierenden System als auch im späteren Wechselunterricht weniger Unterricht angeboten haben. Sie erteilten vor allem im zieldifferenten Bereich auch weniger Distanzunterricht. Einige Förderschulformen (z.B. für Schüler\*innen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen) stellte die Pandemie vor zum Teil letztlich unlösbare Probleme. Hier treffen besonders viele besonders gefährdete Schüler\*innen auf besonders viele Schüler\*innen, die z.B. keinen Mund-Nasenschutz tragen können, intensive Pflege oder enge Ansprache brauchen und alle müssen gemeinsam in engen Schüler\*innentransporten über weite Strecken und lange Fahrzeiten befördert werden.

## 3. *Wie bewerten Sie das Handeln der Landesregierung bzw. die Politik zur Bewältigung der Corona-Krise in Bildungsbereich?*

Die Landesregierung, hier das Ministerium für Schule und Bildung, hat über weite Strecken sehr oft den Austausch mit den Eltern-, Lehrer\*innen- und Schulverbänden gesucht.

Obwohl hier Einigkeit herrschte, dass Schule im Sinne der Kinder weitestmöglich in Präsenz stattfinden muss, entstanden gerade mit der Mehrheit der Elternverbände mehrmals Konflikte über die Einschätzung der Infektionslage, über die Gestaltung von Präsenz in der Schule, über Maßnahmen zum Infektionsschutz und über die Notwendigkeit, möglicherweise erforderliche erneute Einschränkungen des Schulbetriebs vor auszudenken und pädagogisch zu gestalten.

Weder im Sommer 2020 noch im Sommer 2021 war das MSB im Austausch mit den Verbänden bereit, über Konzepte und Planungen für mögliche weitere Infektionswellen zu beraten.

Das MSB vertrat die Linie, so lange wie es den Verantwortlichen irgend möglich erschien, Schule nicht nur in Präsenz, sondern wie im nicht-pandemischen Normalzustand stattfinden zu lassen – nur mit Maskenpflicht und offenen Fenstern. Abgesehen von der ersten Phase der Pandemie, sollten jegliche Abstriche an Lehrplan, Stundentafel und Prüfungsroutine vermieden werden. Aus unserer Sicht entstanden dadurch zusätzliche Härten und zusätzlicher Stress für die ohnehin durch die Pandemie erheblich belasteten Schüler\*innen. Ein Beispiel sind die vielen Klassenarbeiten und Tests, die in den verringerten Präsenzzeiten absolviert werden mussten, und die unter den Beschränkungen von Distanz- und Wechselunterricht vorbereitet wurden.

Es stellt sich die Frage, ob im Sinne der Kinder und Jugendlichen mehr Bildung möglich gewesen wäre, wenn man von der Lehrplan- und Prüfungsroutine Abstriche zugelassen hätte.

Aus unserer Sicht war es äußerst mühsam, vor allem im Jahr 2020 immer und immer wieder darauf hinweisen zu müssen, dass Schüler\*innen mit Behinderung bei vielen aktuell getroffenen Maßnahmen nicht mitgedacht waren oder es dem MSB nicht gelang, wirksam in die Schulen hinein zu kommunizieren, dass Schüler\*innen mit Behinderung auch in einer pandemischen Situation das gleiche Recht auf Bildung und Teilhabe haben.

Zudem kam es zu Problemen, bei denen Kinder mit Behinderung und ihre Familien im Zuständigkeitsdreieck zwischen Schulministerium MSB, Sozialministerium MAGS und Kommunen schlichtweg untergingen. Etwa bei der Frage, ob Integrationshelfer auch im Distanzlernen eingesetzt werden dürfen, gelang es der Landesregierung auch in vielen Monaten nicht, eine in ganz NRW geltende Vorgehensweise zu erreichen.

#### 4. *Hat die Pandemie auch positive Entwicklungen in Bildungsbereich in Gang gesetzt?*

Die Pandemie beleuchtet Schwächen unseres Schulsystems und kann insofern ein Anstoß für z.T. längst überfällige Reformen sein.

Unbestreitbar hat die Pandemie einen starken Impuls gesetzt, Entwicklungen der Digitalisierung für Bildung zu nutzen. Wie weit dieser Impuls nachhaltig wirkt, bleibt abzuwarten.

5. *Welche Erkenntnisse liegen bezüglich der unterschiedlichen Schüler- und Schülerinnengruppen vor? Es wird gebeten bei der Antwort um unterschiedliche Altersgruppen, unterschiedliche Gruppen mit besonderen Bedürfnissen sowie Gruppen mit unterschiedlichen Behinderungen.*

In der Antwort zu dieser Frage beschränke ich mich weitestgehend auf die Situation der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf.

Mit dem Shutdown im März 2020 erlebten Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien einen kompletten Zusammenbruch ihres gesamten Unterstützungssystems. Von einem Tag auf den anderen gab es neben dem Ausfall von Schule und Freizeit keinerlei Hilfe mehr bei der Tagesstruktur, der Pflege, der Betreuung, der Familienhilfe. Alle diese Aufgaben mussten rund um die Uhr und für lange Zeit komplett von der Familie und d.h. in den meisten Fällen von den Müttern übernommen werden. Für Familien von schwerstbehinderten Kindern ist zum Teil das frühere Unterstützungsnetz bis heute noch nicht wieder komplett hergestellt.

Viele Familien berichten vor allem aus dem Jahr 2020 von erheblichen Verhaltensproblemen und psychischen Auffälligkeiten ihrer Kinder, insbesondere derer mit kognitiven Einschränkungen. Die Kinder spürten die angespannte Stimmung in Familie und Gesellschaft und standen ohne tieferes Verständnis vor dem kompletten Abbruch ihres Lebensalltags und ihrer sozialen Beziehungen. Dazu muss man wissen, dass insbesondere Schüler mit kognitiven Einschränkungen an Förderschulen meist keinerlei soziale Peer-Kontakte außerhalb der Schule haben und ihnen auch nicht möglich war, bei räumlicher Trennung durch den Shutdown den Kontakt zu zumeist weit entfernt wohnenden Schulfreunden zu halten. Auch diese seelischen Nöte, Verhaltensprobleme und psychischen Auffälligkeiten mussten die Familien allein auffangen oder aushalten, weil sämtliche Unterstützungssysteme unterhalb der stationären Psychiatrie ihre Arbeit eingestellt hatten.

Soweit Schulen in dieser frühen Phase Angebote des Distanzlernens entwickelten (hier überwiegend die inklusiven Schulen), konnten Kinder und Jugendliche mit Behinderung an diesen Angeboten zum Teil nicht oder kaum teilhaben, weil v.a. die Sozialämter die Finanzierung von Schulbegleitern im Distanzlernen verweigerten („keine Schule, keine Schulbegleitung!“) oder von den Eltern einen Neuantrag für die veränderte Situation verlangten. Zum Teil wurde die Auflage verhängt, dass Eltern für den Einsatz der Schulbegleiter im Distanzlernen ein Hygienekonzept erarbeiten sollten. Trotz mehrfacher Problemanzeige der Elternverbände beim MSB und beim MAGS und Anpassung der Corona-Schutzverordnung gelang es nicht, zu einem landesweit einheitlichen unterstützenden Vorgehen der Sozialämter zu kommen. Viele Fälle mussten von den Eltern z.T. mit Unterstützung von Beratungsstellen und Verbänden einzeln vor Ort durchgesetzt werden.

An der Wiederöffnung der Schulen konnten Schüler\*innen mit Behinderung nicht vollständig teilhaben. Aus dem Gemeinsamen Lernen erreichten uns Beschwerden der Eltern, dass Kindern mit Behinderung der Zutritt zu den wiedergeöffneten Schulen verweigert wurde, in der generalisierten Annahme, sie

seien nicht in der Lage sich an die Hygieneregeln zu halten und stellten deshalb eine Gefährdung der Schulgemeinde dar. Von Beginn an bis weit ins Jahr 2021 stießen wir immer wieder auf Fälle, in denen Schüler\*innen, die von einer Schulbegleitung unterstützt werden, der Zugang zum Klassenunterricht verweigert wurde, mit der Begründung, dass die erhöhte Personenzahl im Klassenzimmer nicht verantwortbar sei. Diese Schüler\*innen waren zum Teil über erhebliche Zeiträume aus der Klassengemeinschaft ausgeschlossen und wurden getrennt, zum Teil allein, von ihren Schulbegleitern „unterrichtet“.

Ähnliche Ausschlussprozesse haben Eltern uns zu späteren Zeitpunkten auch aus den Förderschulen berichtet. Hier gab es über alle Phasen der Pandemie hinweg immer wieder Berichte, dass Eltern gebeten wurden, ihre Kinder „zu deren eigenen Schutz“ zu Hause zu behalten, oder weil sie tatsächlich oder vermeintlich nicht imstande seien, die Hygieneregeln einzuhalten bzw. in späteren Phasen den Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Ab Sommer 2020 häuften sich die Fälle, in denen Kindern die Mitnahme in der Schülerbeförderung zu den Förderschulen verweigert wurde, wenn sie keinen Mund-Nasen-Schutz tragen konnten. Dies führte für eine Reihe dieser Schüler\*innen zu erneutem wochenlangen Schulausfall, wenn Eltern nicht in der Lage waren, ihre Kinder selbst zur oft weit entfernten Förderschule zu bringen und abzuholen.

In der Folge hat zumindest der Schulträger LVR sich bemüht, für diese Schüler\*innen alternative Transportmöglichkeiten zu finden. Im Ergebnis organisieren nach Angaben des LVR heute rund 170 Familien, deren Kinder früher in den LVR-Schulbussen mitgenommen wurden, den Schulweg selbst mithilfe anderer Fahrdienstanbieter (unter Refinanzierung). Rund 60 Kinder, die von der Fahrt mit den LVR-Schulbussen ausgeschlossen wurden, werden bis heute von den Eltern zur Schule gefahren.

Insgesamt haben Schüler\*innen der Förderschulen bis heute erheblich höhere Unterrichtsausfälle zu verkraften als Schüler\*innen der allgemeinen Schulen, auch diejenigen mit Behinderung. Die Schulen für Schüler\*innen mit körperlichen und geistigen Behinderungen wurden im Mai 2020 rund drei Wochen später wieder geöffnet, weil das Personal höhere Vorkehrungen im Infektionsschutz verlangte. An vielen Förderschulen fand zudem der „rollierende“ Wechselunterricht bis zu den Sommerferien nicht jeden zweiten Tag statt: Viele Förderschüler\*innen konnten nur einen Tag pro Woche in die Schule.

Auch vom Distanzunterricht konnten Schüler\*innen mit Behinderung und insbesondere Schüler\*innen einiger Förderschulformen deutlich weniger profitieren als andere Schüler\*innen. Sie bekamen weniger Aufgaben, weniger Lehrer\*innenfeedback, hatten deutlich seltener (digitalen) Kontakt zu Mitschüler\*innen. Wie schwierig die Gestaltung von Distanzunterricht vor allem für Schüler\*innen mit schweren körperlichen oder geistigen Behinderungen fiel, zeigen auch veröffentlichte Äußerungen von Pädagog\*innen aus dem Jahr 2020, in denen diese sich überzeugt zeigten, dass ihre Schüler\*innen generell auf Distanz nicht unterrichtet werden könnten.

Im Unterschied der Förderschul-Formen gab es positive Rückmeldungen zum Distanzunterricht aus den Förderschulen Sehen und aus den höheren Bildungsgängen der Förderschulen für körperlich-motorische Entwicklung.

Die meisten negativen Rückmeldungen gab es aus den zieldifferenten Bereichen der Förderschulen für körperlich-motorische Entwicklung und aus den Förderschulen Geistige Entwicklung.

Aus den Förderschulen Sprache und Hören haben wir keine Rückmeldungen.

Die Förderschulen Lernen sowie Emotional-soziale Entwicklung hatten wiederum erhebliche Probleme, alle ihre Schüler\*innen im Distanzlernen überhaupt zu erreichen.

In allen Phasen der Wechsel- und Distanzbeschulung haben die Elternverbände sich immer wieder beim MSB dafür stark gemacht, dass für Schüler\*innen mit Behinderung Präsenzangebote an Unterricht und Betreuung vorgehalten werden müssten, um das komplette Herausfallen aus Bildungsprozessen zu verhindern. Wo die Einrichtung solcher Angebote gelang, erreichten uns jedoch aus einigen Förderschulformen stets Beschwerden von Eltern, sie würden gebeten, die Not-Angebote nicht in Anspruch zu nehmen.

Unterm Strich kann konstatiert werden, dass Schüler\*innen mit Behinderung von den Ausfällen im Präsenzunterricht erheblich stärker belastet sind und gleichzeitig erheblich umfangreichere Unterrichtsausfälle zu verkraften haben. Wir müssen davon ausgehen, dass es nicht nur in Einzelfällen zu erheblichen Rückschritten in Bildung und Entwicklung gekommen ist, bis hin zur völligen Entkopplung von Bildung, Lernen und sozialer Teilhabe.

Aktuell haben sich im Nachgang von Schulschließungen und Unterrichtsreduzierungen weitere Probleme ergeben. So müssen viele Schüler\*innen mit Behinderung, die Anspruch auf eine Schulbegleitung haben, aktuell allein zurechtkommen, weil keine Arbeitskräfte verfügbar sind. Viele Schulbegleiter haben ihre Arbeitsplätze verlassen und es gelingt den Trägern bisher nicht, die Stellen neu zu besetzen. In diesem Zusammenhang werden aktuell Schüler\*innen zum Teil über längere Zeiträume vom Unterricht ausgeschlossen, wenn keine Schulbegleitung verfügbar ist. Wir haben dieses Problem der (rechtswidrigen) Schulausschlüsse bereits mehrfach dringend dem MSB zur Kenntnis gebracht.

## **II. Kita und frühe Bildung**

1. *Welche Auswirkung hatte die Pandemie Ihrer Meinung nach auf die frühe Bildung vor dem Eintritt in die institutionelle Bildung (Kita oder Tagespflege) durch die Familienbildung oder Angebote wie Elternstart?*
2. *Welche Auswirkung hatte die Pandemie auf die Entwicklung der Kinder und der Sozialkontakte vor dem Eintritt in die institutionalisierte Bildung?*
3. *Haben die fehlenden Sozialkontakte Auswirkungen auf die Eingewöhnung der Kinder in institutionalisierte Bildungseinrichtungen und darüber hinaus bis heute?*
4. *Der Kita kommt im Kinderschutz eine hohe Bedeutung zu. Wie konnten Familien kontaktiert werden, in denen Fachkräfte eine Gefährdung des Kindeswohls besonders während des Lockdowns befürchteten? Wie konnte für das Wohl des Kindes gesorgt werden?*

5. *Lassen sich Folgen elterlicher Überforderung mit der gesamten Situation und deren Auswirkungen bis ein die Bildungseinrichtung ausmachen? Können Sie Beispiele dafür bringen?*
6. *Welche Unterstützungsleistungen hätten Kinder und Familien in dieser Zeit benötigt? Wie können diese zukünftig gesichert werden?*
7. *Wurden Ihnen Probleme in der Vorbereitung der Vorschulkinder auf die Schule gemeldet? Können die Auswirkungen auf die weitere Schullaufbahn daraus abgeleitet werden?*

Für die Einschulungen 2020 und 2021 sind in vielen Fällen schulärztliche Untersuchungen ausgefallen. AO-SF-Verfahren wurden zum Teil unvollständig bzw. nur nach Aktenlage entschieden. Bei den Einschulungen 2021 haben wir beobachtet, dass Eltern bereits bei der Schulanmeldung angesichts pandemiebedingter Entwicklungsrückstände beraten wurden, die Feststellung von sonderpädagogischen Förderbedarfen zu beantragen. Hier steht zu befürchten, dass Kinder in beträchtlicher Anzahl in sonderpädagogische Förderschwerpunkte und in zieldifferente Bildungsgänge gedrängt werden – mit erheblichen Konsequenzen für ihre individuellen Bildungschancen -, obwohl sie lediglich Unterstützung bei der Bewältigung der pandemischen Situation bräuchten.

8. *Welche Auswirkung hatte die Pandemie auf die sensiblen Übergänge aus der Elementar- in die Primarpädagogik?*

### **III. Nicht formelle Bildung**

1. *Welche Rolle haben „unverzweckte“ Bildungs- und Freiräume für Kinder und Jugendliche während der Pandemie gespielt?*

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sind in aller Regel SÄMTLICHE Angebote der Freizeitgestaltung eingestellt und überwiegend bis heute nicht wieder aufgenommen worden.

2. *Wie können diese pandemiefest gemacht werden?*
3. *Der nicht formellen Bildung kommt im Kinderschutz eine hohe Bedeutung zu. Wie konnten Familien kontaktiert werden, in denen Fachkräfte eine Gefährdung des Kindeswohls besonders während des Lockdowns befürchteten? Wie konnte für das Wohl des Kindes gesorgt werden?*
4. *Wie konnten in der nicht formellen Bildung Teilhabe und Partizipation von Kindern und Jugendlichen gesichert werden? Wie muss sie pandemiefest gestaltet werden?*
5. *Wie konnte während der Pandemie die nicht formelle Bildung ihre Funktion als sozialer Katalysator zum Abbau sozialer Ungleichheit nachkommen? Wie kann dies pandemiefest gestaltet werden?*

#### **IV. (Hoch-)Schulische Bildung**

1. *Welche Effekte hatten die unterschiedlichen Phasen der Pandemie auf schulisches Lernen?*

Aus den o.a. Schilderungen können Sie entnehmen, dass das schulische Lernen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung vor allem in den Phasen der Schulschließungen und des Wechselunterrichts erheblich reduziert wurde.

Für bestimmte Gruppen von Schüler\*innen mit Behinderung haben wir besonders während der Schulschließungen den Bildungsanspruch insgesamt nicht aufrechterhalten können.

2. *Welche Effekte hat Ihrer Meinung nach der Anfangsunterricht unter Corona-Bedingungen auf die Kinder und ihren Bildungsweg? Im ersten Jahr der Pandemie waren die Kinder just in der Schule angekommen, als sie in den Distanzunterricht gingen, auch der jetzige zweite Jahrgang hat keinen Anfangsunterricht in bekannter Form erhalten.*
3. *Welche Auswirkungen haben die sozialen Disparitäten und die Beteiligung der Eltern am Lernprozess in der Pandemie und außerhalb auf den Schulerfolg der Kinder? („Homeschooling“, Hausaufgaben, Belastung Homeoffice und Beschulung, enge Räume etc.)*

Für bestimmte Gruppen von Schüler\*innen mit Behinderung s.o. wurde die Bildung vor allem in den Phasen der Schulschließungen komplett den Familien überlassen. Ob dort Lernen stattgefunden hat, hing nicht nur von den Kompetenzen und der sozialen Lage der Eltern ab, sondern je nach Pflege- und Betreuungsbedarf der Kinder von der Frage, ob Eltern überhaupt noch die Kraft für schulische Dinge aufbringen konnten.

4. *Lassen sich Probleme im Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe ausmachen?*
5. *Können Sie beobachten, dass sich die Prüfungsleistungen der Studierenden im schriftlichen oder im mündlichen Bereich geändert haben?*
6. *Welche Lernrückständen sind aufgrund der Pandemie entstanden? Welche Unterschiede bestehen zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen sowie Gruppen mit unterschiedlichen Behinderungen?*

Insbesondere bei Schüler\*innen mit kognitiven Einschränkungen oder schweren körperlichen Behinderungen ist mit erheblichen Lernrückständen und nicht selten mit Rückschritten in der Entwicklung zu rechnen.

Ähnliches gilt aus anderen Gründen für Schüler\*innen mit den Förderschwerpunkten Lernen und sozial-emotionale Entwicklung, von denen offenbar viele in den Zeiten der Schulschließungen für ihre Lehrer\*innen nicht erreichbar waren und Prozesse der Schulentwöhnung stattgefunden haben. Weniger gravierend im Vergleich der Situation aller Schüler\*innen scheint die Lernsituation der Schüler\*innen mit Sehbehinderung zu sein. Zur Situation der Schüler\*innen der Förderschwerpunkte Hören und Sprache haben wir keinen Überblick.

7. *Welche Auswirkungen hat/hatten die Schul- bzw. Universitätsschließungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene? Es wird gebeten auf die kurz-, mittel- und langfristige Auswirkungen einzugehen.*

Auch hier verweise ich auf o.g. Ausführungen. Besonders entmutigend finden wir darüber hinaus die Situation der Schüler\*innen mit Behinderung aller Schulformen im Übergang Schule/Beruf der Abschlussjahrgänge 2020 und 2021.

Für diese Schüler\*innen sind Elemente der Berufsorientierung ausgefallen. Es gab keine Möglichkeit zu Praktika in Betrieben und auch überwiegend keinerlei persönliche Berufsberatung durch die Arbeitsagenturen. In der Folge sind Jugendliche, die nach Wegen auf den 1. Arbeitsmarkt gesucht hatten, situationsbedingt in die Werkstätten für Menschen mit Behinderung eingemündet.

8. *Welche psychischen wie physischen Folgen gibt es oder sind zu erwarten?*
9. *Was waren die Hauptprobleme, die mit der Durchführung von Fernunterricht entstanden sind? Inwiefern gibt es hier Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen, Schülerinnen, Schülern und Studierenden aus verschiedenen sozio-ökonomischen Hintergründen, sowie Schülerinnen und Schülern mit Behinderung?*

Es gibt sicherlich objektive Gründe, aus denen Schüler\*innen mit Behinderung, insbesondere mit kognitiven Einschränkungen oder schweren körperlichen Behinderungen, schlechter auf Distanz unterrichtet werden können als Schüler\*innen ohne Behinderung. Sie sind noch stärker auf die pädagogische Beziehungsebene sowie auf haptische und sinnliche Lernformen angewiesen.

Dennoch sind wir sicher, dass mit entsprechender Vorbereitung auch auf Distanz deutlich mehr Lernen und Bildung für diese Gruppe möglich wäre. Um dies zu erreichen, wären aber auch Änderungen am regulären Unterricht notwendig. Aus unserer Sicht ist für viele Schüler\*innen auch aus dieser Gruppe noch viel Potenzial, ein selbstgesteuertes Lernen zu fördern. Zudem ist die Frage zu stellen, ob bisher die Möglichkeiten genutzt worden sind, diese Schüler\*innen an digitale Technik und darüber gestütztes Lernen heranzuführen. All dies wäre auch unabhängig von möglichen pandemischen Situationen ein großer Fortschritt.

10. *Gibt es best practice Beispiele für funktionierendes Homeschooling - was macht diese aus?*
11. *Welche Konzepte sind zu entwickeln, damit Kinder und Jugendliche, die sich in Quarantäne befinden, dem Unterrichts- und Lernfluss folgen können? Sind diese Konzepte auch auf jene Schülerinnen und Schüler übertragbar, die aus anderen Gründen nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, wie zum Beispiel psychisch kranke oder belastete oder andere?*

Mit den bisher in der Pandemie gemachten Erfahrungen sollte es möglich sein, Schüler\*innen, die nicht am Präsenzunterricht der Klasse teilnehmen können, mittels hybrider Unterrichtsformen einzubinden. Dies geschieht bisher nur in wenigen Fällen.

12. *Welche Maßnahmen sollten getroffen werden, damit den Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden die Nachteile, insbesondere dauerhafte Nachteile, für ihre Bildungserfolg nicht entstehen?*
13. *Schule kommt auch im Sinne des Kinderschutzes eine große Bedeutung zu. Wie konnten Familien kontaktiert werden, in denen LuL eine Gefährdung des Kindeswohls besonders während des Lockdowns befürchteten? Wie konnte für das Wohl des Kindes gesorgt werden?*
14. *Lassen sich Folgen elterlicher Überforderung mit der gesamten Situation und deren Auswirkungen bis ein die Bildungseinrichtung ausmachen? Können Sie Beispiele dafür bringen?*
15. *Welche Unterstützungsleistungen hätten Kinder und Familien in dieser Zeit benötigt? Wie können diese zukünftig gesichert werden?*
16. *Welchen Einfluss hat die Pandemie auf die Digitalisierung der Schulen und die Universitäten? Wie beurteilen Sie die vorhandenen digitalen Infrastruktur der Bildungseinrichtungen? Inwiefern besteht noch Bedarf diese auszubauen?*
17. *Was ist neben einer digitalen Ausstattung notwendig, um das Umfeld der Schüler und Studierenden zu stabilisieren?*
18. *Was muss für die Entwicklung des Systems Schule aus den Erfahrungen Ihrer Meinung nach abgeleitet werden?*
19. *Gibt es Ihrer Meinung nach Unterschiede in der zukünftigen Entwicklung des Systems Schule nach Alter oder Schulform?*
20. *Wie würden Sie mit dem heutigen Wissen die Beschulung der Kinder unter Pandemiegesichtspunkten durchführen? Welche Erkenntnisse haben Sie dadurch für das gesamte System Schule und seine Weiterentwicklung?*

Uns sind in internen Diskussionen, aber auch im Austausch mit den anderen Elternverbänden im Laufe der Pandemie zunehmend Zweifel gekommen, ob wir in der schulischen Bildung in dieser Krisenzeit nicht ganz andere Wege hätten nehmen sollen.

In der Rückschau bis zum jetzigen Zeitpunkt hat Schulpolitik immer versucht, der Pandemie ein Höchstmaß an schulischem Normalzustand abzutrotzen: Präsenz in vollbesetzten Klassen, Aufrechterhaltung von Lehrplan und Stundentafel selbst im Distanzunterricht, Aufrechterhalten der Test- und Prüfungsroutine. Dies alles geschah, um im Sinne der Schüler\*innen keine Abstriche bei Lerninhalten und Abschlüssen zu machen.

Ein solches Vorgehen mag für Schüler\*innen der Sekundarstufe 2 und der Abschlussjahrgänge unter Abstrichen machbar sein und Vorteile bringen. Für die Mehrzahl der Schüler\*innen der anderen Jahrgänge überwog aus unserer Sicht der Stress, ohne dass es gelungen ist, größere Lernrückstände zu vermeiden. Insbesondere Schüler\*innen mit schlechteren Voraussetzungen und weniger häuslicher Unterstützung sind über die Maßen belastet worden und erheblich zurückgefallen, darunter auch s.o. die Schüler\*innen mit Behinderung.

Bildung entsteht nicht nur durch Lerninhalte, sondern vor allem durch pädagogische Bindung und durch Kooperation in der Gruppe. Und sie gelingt zweifelsohne besser in einem Gefühl der Sicherheit als unter Ängsten und Stress. Es fragt sich also, ob mit unkonventionellen Ideen und einem Abweichen von Routinen des Schulbetriebs für Normalzeiten nicht für die Mehrzahl der Schüler\*innen ein Mehr an Bildung möglich gewesen wäre.

Ein Diskussionsansatz könnte sein:

- Bei steigender und hoher Infektionsgefahr als „Pandemiebetrieb“ grundsätzlich Halbierung der Klassen in feste Lerngruppen, die durchgehend von derselben Lehrkraft/Lehrkräften unterrichtet werden.
- Reduzierter, aber täglicher Unterricht, ggf. mit selbständiger Fortführung in Form von digitalen Formaten, aber durchaus auch von traditionellen „Hausaufgaben“.
- Reduzierung des Lehrplans. Auflösung der Stundentafel/des Fachunterrichts zugunsten fachübergreifenden Lernens in themenbezogenen Projekten, durchaus unter Aufgreifen der aktuellen lebensweltlichen Probleme der Pandemie.

Ein pandemieangepasster Schulbetrieb in dieser oder ähnlicher Form verlangt das Zugeständnis, Lehrplan- und Prüfungsroutinen vorübergehend auszusetzen und nimmt ein gewisses Maß an Lernrückständen in Kauf.

Auf der anderen Seite der Waagschale stehen als Vorteile:

- Ein höheres Maß an Infektionsschutz in kleinen Lerngruppen. Dadurch deutlich länger mögliches Aufrechterhalten des Präsenzbetriebs.
- Dadurch und durch die intensivere Lernbeziehung in kleinen Lerngruppen könnte Schule für die Schüler\*innen zum „sicheren Ort in der Pandemie“ werden, der auch bei der Bewältigung der allgemeinen Krisensituation unterstützt.
- Das Modell böte vor allem Schüler\*innen mit Schwierigkeiten weit mehr Stabilität und bessere Voraussetzungen im Lernprozess zu bleiben als Distanz- oder Wechselunterricht.
- Am Ende hätten die Schüler\*innen zwar nicht alles gelernt, was im Lehrplan vorgesehen war, aber sie hätten von kontinuierlichen intensiven Bildungsprozessen profitiert. Dies würde auch den Wiederanschluss an einen schulischen Normalbetrieb nach der Pandemie deutlich erleichtern.

21. *Wenn nach der Pandemie eine Neuordnung von Bildung in NRW möglich wäre, wie stellen sie sich Bildung im Sinne der Kinder vor? Was müsste Bildung Ihrer Meinung nach beinhalten? Welche Funktion haben in diesem Kontext Bildungsinstitutionen? Welche die nicht formellen Bildungsorte?*

Die Pandemie hat Fragen der Bildung in unseren Schulen neu aufgeworfen:

- Wie konnte es passieren, dass Schüler in der Pandemie verloren gingen? Wie können Lehrer ihre Schüler unterrichten, ohne deren Lebensbedingungen zu kennen?
- Warum legt Schule so wenig Wert auf soziales Lernen (effektive Lernzeit versus Mobbing und Krisenbewältigung, Schlüsselkompetenzen fürs Leben...)
- Warum klammert sich Schule an fein aufgegliederten Fachunterricht, obwohl das Leben interdisziplinär ist? (interdisziplinärer Projektunterricht, um Dinge und Zusammenhänge zu durchschauen, ehrlich gesagt war doch schon vor 40 Jahren eine logische Trennung der Fächer Biologie und Chemie nicht mehr möglich...) (kooperatives lernen)
- Warum findet Schule immer noch zu fast 100 Prozent im Klassenzimmer statt?
- Warum wird nicht mehr Zusammenhalt, Zugehörigkeit und Solidarität in der Schule gelebt? Die Pandemie zeigt uns, dass gerade diese Eigenschaften sehr wichtig sind. Lernen erfolgt am besten über Beziehungsarbeit. Wo bleibt diese gerade in den Zeiten von Corona?

Was bedeuten diese Fragen für unser Bildungsverständnis?

- Es geht um Bildung und Lernen und nicht um Prüfungen.
- Der Lernstoff muss in jedem einzeltem Fach auf den Prüfstand und überarbeitet werden.
- Gerade nach Corona müssen vor allem die sozialen Kompetenzen, die zum Lernen gehören, in den Mittelpunkt individueller Bildung stehen.

Perspektiven:

Die Digitalisierung des Lernens hat während der Pandemie einen enormen Entwicklungsschritt gemacht. Allerdings: Nicht der Einsatz von immer mehr digitalen Medien muss das Ziel sein, sondern die individuelle Unterstützung selbstbestimmter Lernwege. Digitale Medien können nur als Werkzeuge verstanden und eingesetzt werden, sie dürfen sich also nicht selbst in den Vordergrund drängen. Einsatz von digitalen Medien im Unterricht darf nur dort erfolgen, wo Schüler\*innen und Lehrer\*innen auch digitale Kompetenzen erworben haben, die sie befähigen, diese Medien lernunterstützend für sich und andere einzusetzen.

1. Mit digitalen Medien lässt sich eine Pädagogik unterstützen, die die Schüler und Schülerinnen und ihre persönlichen Lernprozesse in den Mittelpunkt stellt. Dazu bedarf es allerdings auch eine den Medien angepassten Didaktik und Methodik. Es geht um selbstbestimmtes Lernen und kooperatives Arbeiten in Projekten. Die Lernenden werden in Zukunft nicht mehr nur zu Konsumenten eines Wissenskanons, sondern zu autonomen Subjekten, die sich Wissen selbst aneignen.

Dadurch wird sich die Rolle der Lehrkräfte verändern – weg vom klassischen Unterricht und der reinen Wissensvermittlung hin zur moderierenden Lernbegleitung. Auch ihre Arbeitsweise wird sich verändern: Sie werden ihre digitalen Unterrichtseinheiten gemeinsam mit dem Kollegium teilen und erarbeiten.

2. Auch im Hinblick auf Inklusion und gemeinsames Lernen bietet die Digitalisierung Chancen. Dabei ist darauf zu achten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt dabei sind. Dazu müssen digitale Medien so beschaffen sein, dass die durch sie niemanden ausgeschlossen wird und sie muss barrierefrei gestaltet sein.
- Bei der momentanen Lage und den weiteren Aussichten an unseren Schulen steht auch unser tradiertes Schulsystem auf dem Prüfstand
  - hierzu bedarf es der Entwicklung neuer Lernformen und vor allem auch neuer Lernorte.
  - Die Entwicklung von Konzepten und Methoden individualisierten Lernens sowie flexibler Konzepte Gemeinsamen Lernens

Denn letztlich hat die Pandemie und die beobachtete überproportionale Belastung und Benachteiligung von Schüler\*innen mit Behinderung noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig die quantitative und qualitative Entwicklung eines inklusiven Schulsystems ist, um das Abhängen und aus-dem-Blick-verlieren ganzer Schüler\*innengruppen zu verhindern.

22. *Welche Voraussetzungen müssen politischen oder gesetzgeberisch geschaffen werden, um bei einer neuerlichen Pandemie schulische und hochschulische Bildung zu gewährleisten?*
- .....